

6002/90/21

AFFÄREN

Hormonelle Hausse

Ein Gerichtsverfahren gegen die HSH Nordbank gewährt Einblicke in eine Welt, in der Kreditersatzgeschäfte und Ersatzfrauen für Höhepunkte und späten Katzenjammer sorgen.

Das Gebäude Nummer 230 an der Park Avenue gehört zu den feineren Adressen in New York. Wer hier zwischen Grand Central Station und Waldorf Astoria Hotel residiert, scheint den Niederungen des Alltags weit entrückt. Kaum vorstellbar, dass Menschen hinter dieser Fassade im hormonellen Ausnahmezustand erotische Botschaften simsen, bis der Blackberry glüht.

Aber das ist, solange das Gericht nicht entschieden hat, bloß eine Vermutung. Sicher ist, dass der Leumund der HSH Nordbank durch dubiose Kreditersatzgeschäfte gelitten hat. Nur ein Rettungspaket in Höhe von 13 Milliarden Euro, das die beiden Hauptanteilseigner Hamburg und Schleswig-Holstein kürzlich beschlossen, hat ihren Untergang fürs Erste verhindert.

Was Wigdor im Auftrag seines Mandanten David Krasner zu Papier gebracht hat, legt überdies den Verdacht nahe, dass auch in puncto Sitte und Anstand die Welt der Banker aus den Fugen war.

„Die New Yorker Niederlassung der Nordbank ist so vollständig durchdrungen von Affären und sexuellen Gefälligkeiten, dass weibliche Angestellte das Büro als ‚Bordell‘ bezeichnen und darüber spotten, welche Sex-Praktiken zu welchen Vorteilen am Arbeitsplatz führen.“

Im Jahr 2007, als die Filiale der norddeutschen Provinzbank noch rund zweihundert Mitarbeiter zählte, war Krasner Chef der Abteilung „Corporate Services“

auch von seinen Vorgesetzten jederzeit und ohne Angabe von Gründen gekündigt werden konnte. Detaillierte Erklärungen seien deshalb überflüssig.

Dumm nur, dass sich in Wigdors Schriftsatz Details finden, die sich selbst erklären. Etwa eine E-Mail des Spitzenmanagers, in der er die Sonderstellung mancher Frauen im Unternehmen beschreibt: „Ihr Hühner habt es so leicht ... Den ganzen Sonntag auf einem Boot in Newport relaxen ... Oh, jetzt hätte ich doch beinahe vergessen, die Massage von gestern zu erwähnen.“

Unter Punkt 97 der Klageschrift ist die E-Mail einer Kollegin zitiert, die den rasanten Aufstieg der Assistentin so kommentiert: „Ich denke, wenn ich in einem Einzelbüro mit Laptop sitzen will, sollte ich ein paar Blow-Jobs spendieren.“

Auch andere leitende Angestellte der New Yorker HSH-Dependance sollen, laut Klageschrift, für derartige Spenden empfänglich gewesen sein. Beispielsweise eine Führungskraft, die „öffentlich eine Romanze mit einer untergeordneten Sachbe-



Nachtclub in Hamburg, Foyer der HSH-Nordbank-Niederlassung in New York: „Sexuelle Handlungen an einer Tänzerin vorgenommen“

Und doch soll genau das geschehen sein; allein im Juli 2007, ausweislich einer Rechnung der Telefongesellschaft AT&T, mehr als 500-mal. So steht es in einer Klageschrift, die der New Yorker Rechtsanwalt Douglas Wigdor im Oktober 2008 beim Bundesbezirksgericht für das südliche New York eingereicht hat.

Legt man eine Funftageweche zu Grunde, dann haben ein Spitzenmanager der HSH-Nordbank-Niederlassung am berühmtesten Finanzplatz der Welt und eine junge Assistentin des Kreditinstituts täglich mindestens 22 Textbotschaften ausgetauscht. Womöglich als Vorspiel zu deutlich intensiveren zwischenmenschlichen Kontakten.

und Vorgesetzter der begehrten Assistentin. Die von ihr ausgelöste Hormon-Hausse in der Chefetage, argumentiert Krasner, habe seinen Marktwert im Unternehmen drastisch gesenkt.

Die junge Frau sei systematisch bevorzugt und mit Aufgaben betraut worden, denen sie nicht gewachsen war. Nachdem er sich darüber, ganz offiziell und schriftlich, bei der Personalabteilung beschwert habe, sei er erst diskriminiert und dann gefeuert worden.

Alles Unsinn, sagen die Anwälte der Gegenseite. Die HSH Nordbank, der Manager und die Assistentin „bestreiten die Vorwürfe vehement“. Krasner habe einen Arbeitsvertrag gehabt, der sowohl von ihm als

arbeiterin der Immobilienkreditabteilung“ zelebrierte.

Oder ein Mitarbeiter der Finanzabteilung, dessen Verhältnis mit einer „Junior-Administratorin“ der Personalabteilung aufzufliegen drohte, als seine Frau einen Pullover der Geliebten in der Aktentasche ihres Gatten gefunden hatte „und richtig wütend“ geworden sei.

Der Manager habe deshalb „Druck auf eine ihm unterstellte Buchhalterin ausgeübt“. Sie solle seine Frau anrufen und erklären, der Pullover gehöre ihr. Die Buchhalterin „willigte widerwillig ein“, wie es in Wigdors Schriftsatz heißt. Ihrem Arger über den Vorfall habe sie dann in einer E-Mail Luft gemacht, in der sie „das Nord-

bankburo als Bordell“ bezeichnete. Die Argumente, mit denen die HSH-Anwälte diese Anschuldigungen aus der Welt schaffen wollen, klingen seltsam verhalten.

Hier wird nicht mehr vehement bestritten, hier werden halbherzig Rückzugsgefechte geführt. „Die behaupteten Intimbeziehungen reichen nicht aus, um den Vorwurf einer weit verbreiteten sexuellen Günstlingswirtschaft zu belegen.“

Hinzu komme: „Romantische, auf Konsens beruhende Beziehungen zwischen Führungskräften und Untergebenen sind nicht ungesetzlich.“

Und überhaupt: Von geschlechtsspezifischer Diskriminierung könne selbst dann nicht die Rede sein, wenn ein Chef seine Geliebte tatsächlich begünstige. Das sei zwar unfair, benachteilige aber aus Gründen, die mit dem Geschlecht der oder des Geliebten nichts zu tun hätten.

Wer sich durch solche Spitzfindigkeiten und die fast 200 Punkte umfassende Klageschrift gequält hat, beginnt zu ahnen, dass zwischen dem Chaos im Geschlechtsverkehr und dem Elend im Geschäftsverkehr der HSH-Nordbank-Filiale ein logischer Zusammenhang bestehen könnte.

Schließlich sollen auch männliche Mitarbeiter der Bank unter der Triebstärke ihrer Bosse gelitten und bei erzwungenen Abstechern ins Rotlichtmilieu den Blick fürs Kerngeschäft verloren haben.

Unter Punkt 115 der Klageschrift schildert Wigdor Krasners Erlebnisse auf einer Dienstreise zur Zentrale nach Deutschland.

Dort habe ihn ein Vorgesetzter ins Séparée eines Nachtclubs genötigt und anschließend in seiner Gegenwart „sexuelle Handlungen an einer Tänzerin vorgenommen“. Dann habe er ihn gedrängt, „ähnliche Sexualakte mit der Tänzerin zu vollziehen“ und gerufen: „Tu es! Tu es!“

Damit, so die HSH-Anwälte, wolle Krasner seinen ehemaligen Vorgesetzten „lediglich auf einer persönlichen Ebene in Verlegenheit bringen“. Als Beleg für eine „feindselige Arbeitsatmosphäre“ taue die „unwesentliche Beschuldigung“ nicht. Ein hartes Dementi klingt anders.

Und so scheinen die Chancen für Krasner nicht schlecht zu stehen. Zumal Anwalt Wigdor schon 2006, in einem ähnlich gelagerten Fall, der Dresdner Bank einen Vergleich abgerungen hat, der sich für seine Mandanten gelohnt haben soll.

Eine Summe für Krasner will er erst in mündlicher Verhandlung, vor einem Richter oder einer Jury, fordern. „Aber Sie können sicher sein, dass die nicht unter zehn Millionen Dollar liegen wird.“

Viel Geld für Sex mit Untergebenen, in einem Jahr, in dem die New Yorker kräftig mithalfen, das Jahresergebnis der HSH Nordbank zu pulverisieren. Der Gewinn sank von 1,2 Milliarden Euro im Geschäftsjahr 2006 auf rund 150 Millionen im Geschäftsjahr 2007.

GUNTHER LATSCH, CORDULA MEYER

SCHÖNHERZ & FLEER

HESSE

PROJEKT

LIVE

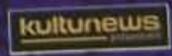
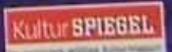
AUF TOUR MIT JÜRGEN PROCHNOW,
ANNA THALBACH UND FRANZ DINDA

»DIE WELT UNSER TRAUM«
Eine poetische Reise

VON DEN SCHÖPFERN DES RILKE PROJEKT LIVE

- 31. OKT FREIBURG KONZERTHAUS
- 02. NOV LEIPZIG GEWANDHAUS
- 04. NOV NÜRNBERG MEISTERSINGERHALLE
- 05. NOV MÜNCHEN CIRKUS KRONE
- 06. NOV KOBLENZ RHEIN MOSEL HALLE
- 08. NOV STUTTGART LIEDERHALLE
- 10. NOV LÖRRACH BURGHOF
- 11. NOV FRANKFURT ALTE OPER
- 12. NOV MANNHEIM ROSENGARTEN
- 14. NOV HANNOVER THEATER AM AEGI
- 15. NOV CHEMNITZ STADTHALLE
- 17. NOV LÜBECK MUK
- 19. NOV HAMBURG LAEISZHALLE
- 20. NOV DRESDEN KULTURPALAST
- 21. NOV BERLIN TEMPODROM
- 22. NOV KASSEL STADTHALLE
- 23. NOV BRAUNSCHWEIG STADTHALLE
- 24. NOV KIEL SPARKASSEN ARENA
- 26. NOV FLENSBURG DEUTSCHES HAUS
- 27. NOV BREMEN GLOCKE
- 29. NOV WEIMAR WEIMARHALLE
- 01. DEZ DORTMUND KONZERTHAUS
- 02. DEZ ESSEN PHILHARMONIE
- 04. DEZ DÜSSELDORF TONHALLE
- 06. DEZ MAINZ PHÖNIX HALLE

BUNDESWEITER TICKETSERVICE: 040 - 413 22 60
(Mo-Fr, 10 BIS 18 UHR) UND 01805 - 62 62 80
(14 CENT/MIN. AUS DEM DT. FESTNETZ, MOBILFUNKPREISE
KÖNNEN ABWEICHEN) UND AN ALLEN BEK. VVK-STELLEN.
WWW.KARSTEN-JAHNKE.DE UND WWW.HESSE-PROJEKT.DE





Deutsche-Bank-Chef Ackermann, Bahn-Tower in Berlin: Der Kampf gegen das Böse führt gelegentlich in die Irre

DATENSCHUTZ

Im Netz der Späher

Nach Bahn, Telekom oder Lidl hat nun auch die Deutsche Bank ihre Schnüffelaffäre. Selbst ein Aufsichtsrat wurde observiert. Es gibt sogar Hinweise auf die Existenz eines informellen Zirkels etlicher Konzern-Sicherheitsabteilungen im Land.

Victor Meyer kennt das Böse. Er traf es beim Kampfeinsatz im Mittleren Osten. Und er sah es im Jemen, als al-Qaida-Terroristen ein Loch ins Schlachtschiff USS „Cole“ schossen. Der Amerikaner hat etliche Militäreinsätze hinter sich. Er diente als Agent der U. S. Navy und später als deren oberster Terrorismusbekämpfer für Europa und Afrika. So einen Mann konnte auch die Deutsche Bank bestens gebrauchen.

Vor fünf Jahren holten sie den Ex-Soldaten in den Konzern. Als Chef für Unternehmenssicherheit kommandiert Meyer seither eine über hundert Mann starke Truppe, die Deutschlands größtes Geldhaus vor Terroristen, Internet-Hackern und anderen Gegnern schützen soll. Meyers Einheit beschäftigt sich mit Krisenmana-

gement im weitesten Sinn, dem Sammeln von Daten über Bedrohungen – und mit aktiven Gegenmaßnahmen.

Doch der Kampf gegen das Böse führt gelegentlich in die Irre. Offenbar nahmen es die Sicherheitsleute der Deutschen Bank bei ihrer vermeintlichen Gefahrenabwehr mit deutschen Gesetzen nicht immer so genau. Sie spionierten auch bei einem Aufsichtsrat und eigenen Führungskräften.

Am 22. Mai ging das Finanzinstitut mit einer Selbstanzeige an die Öffentlichkeit. Die Beichte: Es sei möglicherweise zu Verstößen der Abteilung Konzernsicherheit gekommen. Im Auftrag dieser Abteilung sollen das Vorstandsmitglied Hermann-Josef Lamberti sowie andere Führungskräfte und deren Familienangehörige von einer externen Detektei überwacht worden sein.

Bewegungsprofile wurden erstellt. Auch externe Kritiker des Geldhauses waren ins Visier geraten. So wurde eine Person aus dem Umfeld des Medienunternehmers Leo Kirch bespitzelt. Kirch, 82, führt seit Jahren eine Privatfehde gegen die Deutsche Bank, die er für die Pleite seines Imperiums verantwortlich macht.

Mit ihrer Affäre (SPIEGEL 23/2009) reiht sich nun auch die Deutsche Bank in die Liste jener Unternehmen ein, die mit fragwürdigen Mitteln ihre Mitarbeiter ohne deren Kenntnis durchleuchteten und observierten. Das Misstrauen vieler Firmen in ihr Personal scheint immer neue Blüten zu treiben.

Beispiel Lidl: Obwohl der Supermarktriese vergangenes Jahr wegen der heimlichen Videoüberwachung seines Personals



Videoüberwachung in einer Lidl-Filiale: Durchleuchten, bespitzeln, observieren

einen herben Imageverlust hinnehmen musste, kam im April heraus, dass Lidl noch bis Ende 2008 geheime Listen über die Erkrankungen des Personals führte. Nach der SPIEGEL-Enthüllung musste der Deutschland-Chef des Discounters gehen.

Airbus Deutschland flog damit auf, in den Jahren 2005 bis 2007 die Kontonummern aller 22.000 Beschäftigten heimlich mit jenen von Zulieferern abgeglichen zu haben. Am schlimmsten aber trieben es die Großkonzerne Bahn und Telekom. Dort wurden – so ermitteln Staatsanwälte und externe Sonderprüfer – über Jahre hinweg Journalisten, Aufsichtsräte, Arbeitnehmervertreter und externe Kritiker der Firmen ausgeforscht.

Der Verfolgungswahn der Unternehmen ging so weit, dass sie Privatdetekteien anheuert, um Personen zu observieren. Teilweise wurde bei diesen Aufträgen auf offenbar illegale Weise auch Konto- und Steuermaterial besorgt und sogar das Intimleben von Personen ausgespäht.

Dass solche Methoden nur auf Bahn und Telekom beschränkt waren, daran haben nicht nur Sonderermittler und Datenschützer Zweifel. Bei ihrer letzten Plenumsitzung beschäftigten sich die Fachleute der Bundesländer ausführlich mit dem offenbar weitverbreiteten Mitarbeiter-Screening. Solche „Schrotschussmethoden“ seien unverhältnismäßig, waren sie

sich einig. Demnächst soll eine detaillierte Stellungnahme veröffentlicht werden.

Der ehemalige Bundesinnenminister Gerhart Baum, der als Sonderermittler die Fälle Telekom und Bahn untersucht hat, zieht ein erschreckendes Fazit: Die beiden Skandale hält er lediglich für die „Spitze des Eisbergs“ (siehe Seite 73).

Auch Bundesdatenschutzbeauftragter Peter Schaar glaubt, dass weiterhin etliche Firmen ihre Mitarbeiter bespitzeln und fordert ein Gesetz zum Arbeitnehmerdatenschutz. Damit wird es zumindest in dieser Legislaturperiode wohl nichts.

Die Union zögert das Gesetzgebungsverfahren trotz der immer neuen Enthüllungen hinaus. Die Rücksichten auf die Arbeitgeber sind groß. Bis zur Bundestagswahl wird da kaum etwas geschehen.

Dabei sind die verschiedenen Skandale möglicherweise nicht einmal isoliert zu betrachten. Bei den Ermittlungen der Bonner Staatsanwaltschaft im Falle Telekom sind brisante Papiere aufgetaucht. Sie nähren den Verdacht, dass es zwischen den Sicherheitsabteilungen großer deutscher Konzerne in der Vergangenheit offenbar rege Kontakte gab.

So fanden die Bonner Ermittler im Rahmen ihrer Razzien bei einem Top-Manager der Telekom-Sicherheitsabteilung ein Dokument, in dem die Mitglieder eines „Security-Kreises“ aufgeführt sind. Neben den

Bespitzelung am Arbeitsplatz in deutschen Konzernen

Mehrere Führungskräfte und deren Familienangehörige ließ die Abteilung Konzernsicherheit der Deutschen Bank von einer externen Detektei überprüfen. Auch externe Kritiker sollen ausgeforscht worden sein. Der Schwerpunkt der Aktion lag im Jahr 2006.



Bei rund 220.000 Eisenbahnern ließ die Deutsche Bahn 2005 die Stammdaten mit denen von Lieferanten abgleichen. In den Jahren 2002 und 2003 überprüfte sie bereits 173.000 Mitarbeiter.



Bei rund 136.000 Mitarbeitern verglich die Deutsche Telekom im Jahr 2006 deren Bankverbindungen mit denen von Lieferanten. 2005 und 2006 spähte sie Telefonverbindungen von mindestens 60 Personen (u. a. Aufsichtsräten, Betriebsräten, Journalisten) aus.



In etwa 500 Filialen sind Lidl-Mitarbeiter 2006/07 per Kamera überwacht worden. Bis Ende 2008 führte das Unternehmen geheime Listen über den Gesundheitszustand seiner Mitarbeiter.



Ex-Sicherheitschefs der Deutschen Telekom und der Deutschen Bahn AG führt das Dokument fünf damalige Mitglieder aus deutschen Großunternehmen an – darunter auch aus der Deutschen Bank.

Zwar beteuern die Konzerne, dass es sich bei den Treffen ihrer Sicherheitsleute um ganz normale Vorgänge handele, bei denen keine illegalen Praktiken abgesprochen wurden. Doch Zweifel sind angebracht.

Nicht nur der Jurist Baum hegt den Verdacht, dass die Konzerne sich informell geholfen haben könnten. Möglich wäre ein Austausch von Kommunikations-, Reise- oder Finanzdaten unliebsamer Kritiker und verdächtiger Personen.

Auch die Ermittler des Bundeskriminalamts (BKA), die seit Monaten Tausende Festplatten und Aktenordner aus den Telekom-Durchsuchungen auswerten, schließen solche Kooperationen nicht aus. Es sei möglich, heißt es in einem BKA-Vermerk aus den Ermittlungsakten, dass Daten zur Erstellung von Bewegungsprofilen in solchen Security-Zirkeln ausgetauscht worden seien. Einen ersten Verdachtsfall bezüglich firmenübergreifender Zusammenarbeit gibt es bereits.

Der einstige Abteilungsleiter der Telekom-Konzernsicherheit, Klaus Trzeschan, soll laut Aussage von Zeugen im Jahr 2000 Verbindungsdaten im Rahmen einer Kol-

6002/90/21



Von Unter den Linden bis über den Dächern: das neue Berlin.

In dieser Ausgabe

VIP-Tipps

Bekannte Gesichter, unbekannt Adressen.

Berliner Gefühl

Die Stadt der flüchtigen Wunder.

Angies Palast

Hinter den Kulissen des Kanzleramts.

GEO Special

BERLIN

Die Machtzentrale
Kamerad im
Schampus mit Wurst
in Berliner
Gesellschaft
Kunst für alle
Von Hofbräuerei bis Street Art

PLATZ DA! Vision 2020:
Wie die Hauptstadt der
Zukunft aussehen wird

Mein Kiez, meine Bar, mein Sex:
Wo Prominente perfekte Tage verbringen

www.geo-special.de

Das Herz aus der Metropole

Berlin entdecken mit GEO

Wirtschaft

legenhilfe an die Deutsche Lufthansa AG geliefert haben, um eine undichte Stelle im Aufsichtsrat zu finden. Die Lufthansa bestreitet vehement, solche Daten von der Telekom angefordert, benutzt oder erhalten zu haben.

Von flächendeckenden Rasterfahndungen oder Massendurchleuchtungen wie etwa bei der Bahn sieht sich auch die Deutsche Bank weit entfernt. Die Bespitzelung ihres Vorstandsmitglieds Lamberti erklärt das Institut als vorbeugende Maßnahme zur Verbrechensbekämpfung. Der Konzern suchte damit nach Lücken in seinem Sicherheitskonzept. Externe Firmen werden beauftragt, ein Attentat, eine Erpressung, einen Einbruch oder Betrug zu simulieren – jedenfalls bis zu dem Punkt, wo sich dokumentieren lässt, dass ein entsprechendes Verbrechen vermutlich geklappt hätte.

Beim Deutsche-Bank-Vorstand Lamberti wurde ein Peilsender an seinem Privatwagen angebracht. Hintergrund: Je mehr Informationen Kriminelle über das Privatleben aller Familienangehörigen haben, desto besser können sie entscheiden, wann und wo sie ein Verbrechen planen. Allerdings ist es in Deutschland nicht erlaubt, derartige Aufzeichnungen vorzunehmen – auch dann nicht, wenn die Aktion einem vermeintlich guten Zweck dient.

In anderen Fällen aber hatten die Deutsche-Bank-Schnüffler offensichtlich andere Motive. Etwa bei der Überprüfung eines Aufsichtsratsmitglieds. Dabei ging es um den Verrat von Informationen aus dem Gremium. Die Bank hatte einen vagen Verdacht, bestätigt ein Insider. Um wen es sich bei der Bespitzelung gehandelt hat, war bis Ende vergangener Woche unklar.

Im Gesamtbetriebsrat der Deutschen Bank wurde die Datenaffäre vergangene Woche diskutiert. Mehrere Aufsichtsräte der Arbeitnehmer mutmaßten, dass sie diejenigen seien, die abgehört wurden.

Das Misstrauen ist geweckt. Zumal es auch bei der Überprüfung einer Person aus dem Umfeld Leo Kirchs kaum um einen Test interner Sicherheitskonzepte gegangen sein kann. „Wir haben die Deutsche Bank nicht damit beauftragt, für unsere Sicherheit zu sorgen“, spottet ein Vertrauter des Medienunternehmers.

Der noch immer dubiose Fall Deutsche Bank zeigt zugleich, wie schwer es staatliche Aufsichtsbehörden haben, die über den rechtmäßigen Umgang mit Daten in der Wirtschaft wachen sollen. Nur 13 Mitarbeiter hat das Referat I 17 des Regierungspräsidium Darmstadt, um den Datenschutz in mehreren hunderttausend Unternehmen, Banken und Versicherungen mit Sitz in Hessen zu gewährleisten.

Außerdem muss sich das Referat noch um zahllose Organisationen, Stiftungen und Vereinigungen kümmern. „Wir sind für jede Arztpraxis und jeden Kleintierzuchtverein zuständig“, sagt die Dezernatsleiterin Renate Hillenbrand-Beck.

Schon deshalb ist sie bei der Aufdeckung von Datenskandalen auf Mithilfe der Unternehmen angewiesen. Das kann dauern. Eine Verpflichtung, eigene Erkenntnisse über bedenkliche Bespitzelungen an die Datenschutzbehörden zu melden, gibt es nach dem Bundesdatenschutzgesetz noch nicht, sagt die Juristin. Das Gesetz setze auf die Eigenverantwortung der Unternehmen.

Beim Sicherheitschef der Deutschen Bank, Victor Meyer, wird die ganze Aufregung wohl nur ein müdes Kopfschütteln hervorrufen. In seiner Branche wird gern auf die USA verwiesen. Die Installation der Videouberwachung von Mitarbeitern wird dort von vielen Firmen angewandt.

„Auch internationale Konzerne müssen sich an deutsche Gesetze halten“, kontert die hessische Datenschützerin Hillenbrand-Beck. 16 Fragen hat sie der Deutschen Bank gestellt. Sie will Namen und Antworten, bis Mittwoch dieser Woche.

Die resolute Dame verlangt detaillierte Auskunft darüber, wer wann und wie ausspioniert wurde. Sollte sie Verstöße feststellen, kann sie Beanstandungen aussprechen und die Opfer unterrichten.

Ihr Instrumentarium ist indes erstaunlich überschaubar: Im härtesten Fall kann sie ein Bußgeld von maximal 250 000 Euro verhängen. Keine Summe, die den Bankmanagern um Josef Ackermann den Schlaf rauben wird. Die Verantwortlichen der Deutschen Bank fürchten denn auch eher die Sonderprüfer der BaFin. Die Finanzaufsicht prüft zurzeit, ob die Gesetze beachtet und die Geschäfte immer ordnungsgemäß geführt wurden. Wenn dem nicht so war, kann sie personelle Konsequenzen bis hinauf in den Vorstand verlangen.

MATTHIAS BARTSCH, FRANK DOHMEN, CHRISTOPH PAULY, WOLFGANG REUTER, MICHAELA SCHIESSL



Telekom-Aufsichtsratschef Zumwinkel bei der

„Spitze des Eisbergs“

Gerhart Baum, juristischer Sonderermittler in den Datenschutzaffären bei Bahn und Deutscher Telekom, über den Ursprung des Verfolgungswahns mancher Konzerne



Gerhart Baum

wurde am 28. Oktober 1932 in Dresden geboren. Nach der Dresdner Bombennacht vom 13. auf den 14. Februar 1945 flüchtete er mit seiner Mutter und Geschwistern über Bayern nach Köln, wo er später Rechtswissenschaften studierte. 1954 trat Baum in die FDP ein, wurde 1966 Vorsitzender der Jungdemokraten und zog 1972 in den Bundestag ein, dem er die folgenden 22 Jahre angehörte. 1978 übernahm der überzeugte Linksliberale das Bundesinnenministerium und setzte sich in der Zeit des RAF-Terrors auch für einen Dialog mit Extremisten ein. Nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag 1994 intensivierte Baum seine Rechtsanwaltschaftigkeit und trat in der Folgezeit immer wieder als konsequenter Verfechter von Bürgerrechten auf. So strengte er mehrere Verfassungsklagen an, etwa gegen die Online-Durchsuchung von Computern. In den Datenschutzaffären bei Bahn und Telekom wurde seine Kanzlei zusammen mit jener der früheren Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin von den jeweiligen Aufsichtsräten engagiert, um die Affären mit aufzuarbeiten.

SPIEGEL: Herr Baum, Sie halfen jüngst als unabhängiger Jurist, gemeinsam mit Ihrer Kollegin Herta Däubler-Gmelin, zwei der größten Wirtschaftsaffären der vergangenen Jahre aufzuarbeiten: die Daten- und Spitzelskandale bei Deutscher Telekom und Deutscher Bahn. Haben Sie sich selbst mal observiert gefühlt?

Baum: Beobachtet nicht, aber zeitweise enorm behindert, besonders zu Beginn unserer Bahn-Untersuchung.

SPIEGEL: Wobei konkret?

Baum: Viele Akten haben wir erst auf beharrliches Nachfragen bekommen. Wir hatten den Eindruck, dass Mitarbeiter eingeschüchtert waren, bevor wir mit ihnen sprechen konnten. Wir stießen auf eine Stimmung, die gekennzeichnet war durch eine Mischung aus Intransparenz und Druck, mangelndem Vertrauen und Überwachung. Die notwendige Offenheit, um die Dinge vernünftig aufzuklären, wurde bei der Bahn erst im Laufe der Untersuchungen erreicht. Bei der Telekom ging das von Anfang an etwas reibungsloser.

SPIEGEL: Sie sind eben kein Staatsanwalt ...

Baum: ... aber immerhin ein vom Aufsichtsrat der Bahn bestellter Ermittler. Insofern ist es ein Erfolg, wie weit wir gemeinsam mit den sehr motivierten Wirtschaftsprüfern der KPMG und meiner Kanzlei dann doch gekommen sind.

SPIEGEL: Sie klingen, als könnte zumindest in den Archiven der Bahn noch mehr Affärenstoff schlummern.

Baum: Das schließe ich überhaupt nicht aus. Wir sind ja wegen der begrenzten Zeit in einige Bereiche des Konzerns gar nicht vorgedrungen. Immerhin wurden die Rechtsverstöße in den wichtigsten Komplexen exemplarisch offengelegt. Auf dieser Grundlage konnte Rüdiger Grube, der neue Bahn-Chef, dann handeln.

SPIEGEL: Er hat fast den gesamten Bahn-Vorstand umgebaut.

Baum: Ja, ich vertraue ihm, dass er die Unternehmenskultur nachhaltig verändern will – und gerade darauf kommt es an. Dennoch glaube ich, dass es sich bei den Fällen Telekom und Bahn nur um die Spit-

ze des Eisbergs handelt. Ich vermute, dass die dort kultivierte Spitzelmentalität auch in anderen Unternehmen um sich gegriffen hat, ohne dass ich damit einen Generalverdacht äußern möchte.

SPIEGEL: War die Spitzelmentalität in früheren Jahrzehnten weniger ausgeprägt?

Baum: Ich denke schon. Die Reihe der jüngsten Vorfälle hört ja bei Bahn und Telekom nicht auf, sondern reicht von Lidl über EnBW bis zur Deutschen Bank. Zwei Faktoren kommen neuerdings hinzu: Zum einen ist die Sensibilität der Bürger, der betroffenen Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften – auch durch die aufgeklärten Fälle – enorm gewachsen. Die Wahrnehmung von Datenmissbrauch hat sich also geändert. Die öffentliche Reaktion setzt die Firmen unter Druck. Zum anderen macht moderne Kommunikationstechnologie heute eine annähernd totale Überwachung überhaupt erst möglich. Für Unternehmen ist das verführerisch.

SPIEGEL: Was schlagen Sie vor?

Baum: Ich würde ihnen dringend empfehlen, die eigenen Sicherheitsabteilungen spätestens jetzt genauestens unter die Lupe zu nehmen. Falls verdächtige Handlungen entdeckt werden, müssen die natürlich lückenlos aufgearbeitet werden. Nach allem, was wir bei Bahn und Telekom an meiner Ansicht nach Exemplarischem erlebt haben, tun die Firmen gut daran, in einer Art Selbstverpflichtung gesetzeskonformes Handeln unter Beweis zu stellen.

SPIEGEL: Die Telekom ließ Mitarbeiter, eigene Aufsichtsräte und Journalisten ausspionieren, die Bahn fast ihre gesamte Be-



FOTO: PHOTOLIA / ACTION PRESS

Hauptversammlung 2005: „Der Staat sind wir“

legschaft. Verstehen manche deutsche Top-Manager Wirtschaft nur als Krieg?

Baum: Den Eindruck könnte man gewinnen. In beiden Fällen wurden schmutzige Aufträge ja sogar unter Ausschaltung der internen Kontrollmechanismen vergeben. Dieser Krieg wird auch auf anderen Schlachtfeldern geführt – bis in Blogs und Leserbriefspalten hinein, wo bezahlte Schreiber heute Stimmung machen fürs eigene Unternehmen oder gegen konkurrierende. Da sind Feldherren am Werk...

SPIEGEL: ... oder eher Psychopathen im Spannungsfeld zwischen Allmachtsphantasien und Paranoia?

Baum: Es gab bei Bahn wie Telekom so eine Herr-im-Haus-Mentalität nach dem Motto: Der Staat sind wir. Bei der Bahn repräsentierte Vorstandschef Hartmut Mehdorn diese Philosophie, bei

der Telekom der damalige Aufsichtsratschef Klaus Zumwinkel. Selbst wenn man berechtigten Anlass hatte, Korruption und Informationsabfluss zu bekämpfen, ist es ja eine Anmaßung zu glauben, solche Ermittlungen intern im Alleingang führen zu können, statt die Staatsanwaltschaft einzuschalten.

SPIEGEL: Warum gerade Bahn und Telekom?

Baum: Es existierte offenbar ein Netzwerk der Sicherheitsabteilungen dieser Konzerne. Es gibt Hinweise, dass man sich auf dem kleinen Dienstweg half. Und in diesen Abteilungen arbeiten oft Leute, die das Geschäft bei Sicherheitsbehörden gelernt haben – von Bundesamt für Verfassungsschutz bis zu BKA. Da gibt es vielfältige Verbindungen, die genutzt wurden.

SPIEGEL: Am Ende war es für Sie offenbar nur logisch, dass sich diese Affären ausgerechnet in zwei Unternehmen abspielten, die dem Staat ganz oder teilweise gehören.

Baum: Für diese Zusammenhänge spricht jedenfalls einiges. Der Kontrollwahn ist Ergebnis einer Mentalität, die staatliche Stellen vorgelebt haben. Am herausragendsten ist die vom Bundesverfassungsgericht im Jahr 2006 verbotene Rasterfahndung, die den Screenings bei der Bahn sehr ähnlich ist. Beides sind Eingriffe in Grundrechte, die nicht mal Ergebnis eines hinlänglichen Anfangsverdachts waren.

SPIEGEL: Es gab bisweilen den Verdacht, noch andere Ex-Staatskonzerne könnten an den Spitzeleien beteiligt gewesen sein.

Baum: Und ich schließe auch da nicht aus, dass noch mehr ans Licht kommt. Zumwinkel war immerhin auch Vorstandschef der Post. Und es gab – inzwischen nachgewiesene – Verbindungen zur Lufthansa. Es



Bahn-Chef Mehdorn 2007: „Mangelnde Krisenkommunikation“

spricht derzeit vieles dafür, dass getan wurde, was möglich war.

SPIEGEL: Ist es beispielsweise normal, dass private Detekteien mit unzähligen Aufträgen pro Jahr bedacht wurden?

Baum: Für normal halte ich das nicht. Dahinter steckte die Haltung, dass man die schmutzigen Arbeiten auslagert, um nicht selbst am Ende mit dreckigen Händen dazustehen. Zwischengeschaltet wurden teilweise Kanzleien, die die Detektive bezahlen und die Spuren zwischen Auftraggeber und -nehmer verwischen.

SPIEGEL: Sehen Sie gesetzlichen Handlungsbedarf?

Baum: O ja, erheblichen. Ich plädiere für eine umfassende Reform des Datenschutzrechts, das den technischen Möglichkeiten und der Datensammelwut bislang hoffnungslos hinterherhinkt. Nach 9/11 wurde das doch alles beiseitegeschoben für den Kampf gegen den Terror. Ich fordere klar: ein neues Datenschutzrecht für Arbeitnehmer, das sie vor Willkür bewahrt! Es gibt auch hier den Kernbereich privater Lebensgestaltung, der zu respektieren ist.

SPIEGEL: Die Wirtschaft wird aufschreien, neue Gesetze brächten nur mehr Bürokratie.

Baum: Der bürokratische Aufwand wird sogar geringer, wenn Datenmüll entfällt. Und vor allem: Datenschutz ist auch Kundenschutz. Er wird künftig zum Qualitätsmerkmal gutgeführter Unternehmen.

SPIEGEL: Müssen sich Führungskräfte mehr Kontrollen gefallen lassen als einfache Arbeitnehmer?

Baum: Ich würde es anders definieren: Wer bei Auftragserteilungen eine entscheidende Rolle spielt, muss sich sicher mehr gefallen

lassen. Aber nie dürfen solche Überwachungsmaßnahmen ins Blaue hinein, also ohne konkreten Verdacht, durchgezogen werden wie bei der Bahn.

SPIEGEL: Sie sind nicht nur Jurist und Linksliberaler alter Schule, sondern auch Bürgerrechtler, der viele Verfassungsklagen angestrengt hat – vom Großen Lauschangriff über Online-Durchsuchung bis BKA-Gesetz. Wie ist es um die Freiheitsrechte der Deutschen bestellt?

Baum: Natürlich können wir stolz sein auf diese geglückte Demokratie, die wir zum ersten Mal in unserer Geschichte bewusst leben. Aber ich habe mich bei den Jubiläumsfeiern zum 60. Geburtstag der Bundesrepublik doch gewundert, wie die Gefährdungen für unsere Grundrechte konsequent ausgeblendet wurden. Das Asylrecht etwa haben wir mittlerweile verraten

– und fast aufgegeben. Es ist gefährlich, wie das Grundprinzip unserer Verfassung, die Menschenwürde, wieder einer Relativierung ausgesetzt werden soll. Freiheit verschenkt sich nicht. Sie muss immer wieder aktiv gegen populistische Augenblicksreaktionen verteidigt werden – bisweilen auch gegen den Gesetzgeber. Es ist doch bezeichnend, dass so viele neue Gesetze zur inneren Sicherheit vom Verfassungsgericht wieder kassiert wurden.

SPIEGEL: Das ist doch auch ein Beweis für die Funktionstüchtigkeit bundesdeutscher Gewaltenteilung...

Baum: ... aber auch für die Irrwege verantwortlicher Politiker. Die deutsche Politik ist heute viel zu oft Vorkämpfer eines extremen Sicherheitsbedürfnisses auf Kosten der Freiheit, das auch abfärbte auf Unternehmensführer.

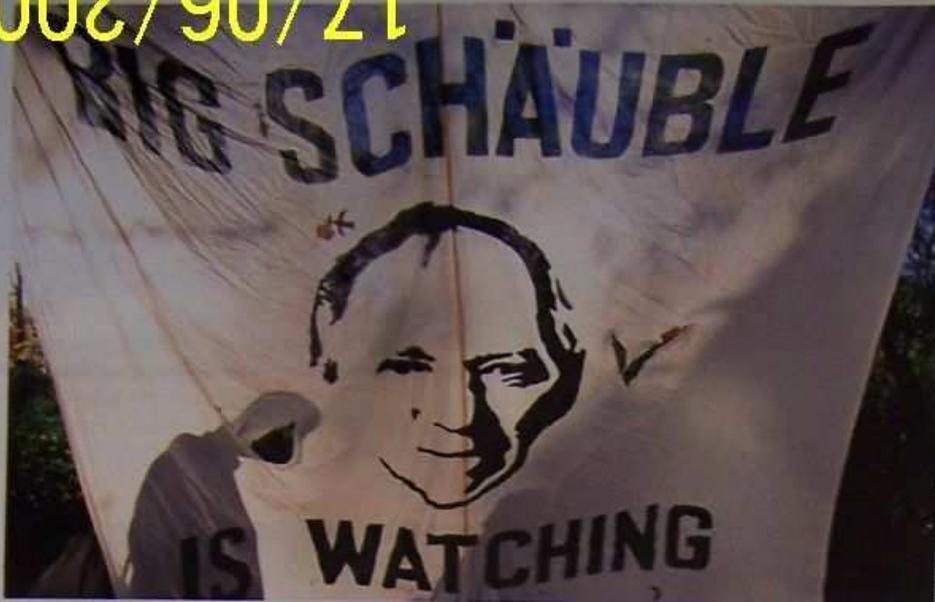
SPIEGEL: Sie selbst waren Bundesinnenminister in der Zeit des RAF-Terrors. Damals wurden die Sicherheitsgesetze verschärft. Sie wissen also, dass auch Staaten dem Verfolgungswahn erliegen können.

Baum: So ist es. Auch ich war mitunter dagegen nicht immun. Wir haben aber seinerzeit Irrwege auch korrigiert. Die Freiheitsrechte sind mit den heutigen technischen Kontrollmöglichkeiten viel gefährdeter als damals.

SPIEGEL: Dennoch muss ein Staat doch den Terror bekämpfen – und ein Unternehmen die Korruption.

Baum: Natürlich, unbestritten. Aber man gewinnt doch den Eindruck, dass unter diesem Vorwand – und das gilt auch für die Korruptionsbekämpfung – weitergehende Ziele verfolgt werden. In der Politik müssen vermeintliche Terrorgefahren oft dafür

6007/90/71



Protestplakat gegen Vorratsdatenspeicherung: „Eingriffe in Grundrechte“

herhalten, um Gesetzesverschärfungen herbeizuführen, die damit gar nichts zu tun haben.

SPIEGEL: Schuld ist also Ihr Innenminister-nachfolger Wolfgang Schäuble.

Baum: Ich würde das nicht an einer Person festmachen. Aber es wurde in den vergangenen Jahren ein bestimmtes Klima bereitet. Wir leben in einem durch Angst-szenarien genährten Präventionsstaat, der in seine Sicherheitsmaßnahmen völlig un-verdächtige Bürger einbezieht.

SPIEGEL: Die Bürger fordern auch Sicherheit.

Baum: Das sollen sie auch. Auf neue Be-drohungen muss es natürlich neue Ant-worten geben. Aber dann muss man den Leuten auch ehrlich sagen, mit welchen Freiheitsverlusten sie diese Sicherheit be-zahlen. Die Debatte dazu findet ebenso wenig statt wie eine ehrliche Risiko-Diskussion. Freiheit ist ohne ein Stück Un-sicherheit nicht zu haben.

SPIEGEL: Sie können aber schon nachvoll-ziehen, wenn ein Konzern wissen will, wer beispielsweise vertrauliche Informationen aus dem Aufsichtsrat verrät.

Baum: Natürlich. Aber bei der Telekom wurde doch einerseits viel weiter, andererseits viel enger recherchiert: weiter, weil bloße Kontakte von Aufsichtsratsmitglie-dern zu Journalisten schon als verdächtig galten; enger, weil erstaunlicherweise fast nur die Arbeitnehmer, nie die Kapitalver-treter im Aufsichtsrat überprüft wurden. Das ist ein Anschlag auf die Sozialpart-nerschaft. Da sollte der manchmal unbe-queme Partner geschwächt werden.

SPIEGEL: Dieser Staat hat immerhin Institu-tionen, die sich gegenseitig kontrollieren.

Baum: Genau hier besteht bei den Kon-zerne Nachholbedarf. Die Bahn etwa

hat über 230 000 Beschäftigte. Die Daten-schutzabteilung hingegen bestand nur aus einer Handvoll von Mitarbeitern. Schon dadurch war die Kontrolle der Sicher-heitsabteilungen nicht gewährleistet – ein klarer Organisationsmangel. Das Unter-nehmen hätte technisch sogar die Mög-lichkeit gehabt, die eigenen Screening-Ergebnisse zu manipulieren.

SPIEGEL: Wie das?

Baum: Die Sicherheitsleute der Bahn hätten zum Beispiel falsche Spuren von Bahn-Computern zu Kinderporno- oder Nazi-Seiten im Netz legen können, um un-bequeme Mitarbeiter unter Verdacht zu stellen. Die technischen Möglichkeiten hierzu gab es jedenfalls. Vorstände kö-nen solche Fehler und Schwächen künf-tig nicht mehr ignorieren. Sonst kostet es sie nicht nur das Amt, sondern auch Geld, weil sie von ihren eigenen Firmen für Pflichtverletzungen zur Rechenschaft ge-zogen werden können – und müssen.

SPIEGEL: Werden die beiden Affären die deutsche Wirtschaft wirklich nachhaltig verändern?

Baum: Ich glaube schon, ja. Nicht nur, weil Bahn und Telekom die Vorwürfe nun er-staunlich konsequent aufarbeiten und auch mit Hilfe der Gewerkschaften eine neue Datenschutzkultur durchsetzen. Das wird für alle Signalwirkung haben.



Baum, SPIEGEL-Redakteure* „Anschlag auf die Sozialpartnerschaft“

SPIEGEL: Es könnte doch sein, dass Kon-zerne künftig nur vorsichtiger schnüffeln.

Baum: Ich bin dennoch für die Zukunft op-timistisch – wenn auch Wachsamkeit ge-boten ist. Bahn und Telekom wissen, dass bei der kleinsten künftigen Verfehlung die Erinnerung an die alten Skandale wieder auflebt. Auch das hilft.

SPIEGEL: Wie haben Sie persönlich die bei-den Vorstandschefs während Ihrer Auf-räumarbeiten erlebt?

Baum: Telekom-Chef René Obermann hat sich frühzeitig an die Spitze der Auf-klärungs-bewegung gestellt. Und das, ob-wohl er lange über sich noch den über-mächtigen Zumwinkel als Aufsichtsratschef sitzen hatte. Mehdorn, ein Mann, der das Unternehmen entschieden zu führen wuss-te, war ein Beispiel dafür, wie man durch mangelnde Krisenkommunikation eine Af-färe noch verschlimmert.

SPIEGEL: Haben Sie mit beiden je persön-lich gesprochen?

Baum: Mit Obermann werden wir in Kürze ein Gespräch haben. Bei einem Treffen mit Mehdorn im Bahn-Tower hatten wir den Eindruck, dass er unsere Rolle als neutra-le Ermittler nicht verstand, sondern uns als Gegner sah.

SPIEGEL: Im Fall Telekom hat die Schmutz-arbeit eine sehr kleine Sicherheitsabtei-lung übernommen. In wessen Auftrag?

Baum: Nach derzeitiger Kenntnis gingen die Aufträge von Zumwinkel und dem da-maligen Vorstandschef Kai-Uwe Ricke aus. Die Frage ist nur, wie diese Aufträge genau aussahen. Hinreichend kontrolliert wur-den sie offenbar nicht. Auch im Fall Meh-dorn haben wir keinen Beleg, dass durch ihn eine aktive Einflussnahme stattfand. Möglicherweise werden dies am Ende die Staatsanwälte zu klären haben, die jetzt unsere Ermittlungsergebnisse bekommen.

SPIEGEL: Es gibt keine schriftlichen Be-weise ...

Baum: ... viel wurde mündlich in Auftrag gegeben. Dies unterstreicht auch das einst-mals in solchen Konzernen herrschende Klima. Ein interner Sicherheitsmann agiert letztlich so, wie er glaubt, dass man es von ihm erwartet. Dann braucht er gar keinen schriftlichen Auftrag.

SPIEGEL: Weder Zumwinkel noch Mehdorn haben bislang echte öffentliche Entschul-digungen abgegeben.

Baum: Mir fehlt in der Tat eine solche um-fassende und aufrichtige Entschuldigung. Es mangelt offenbar an gewissem Un-rechtsbewusstsein. Allerdings haben sich die neuen Unternehmensführungen beider Konzerne deutlich entschuldigt.

SPIEGEL: Fahren Sie noch gern Zug?

Baum: Mehr denn je. Bei der Fahrkarten-kontrolle höre ich gelegentlich sogar ein „Danke, Herr Baum!“ Und wenn ich frage-wofür, raunt mir der Kontrolleur freundlich zu: „Das wissen Sie schon!“

SPIEGEL: Herr Baum, wir danken Ihnen auch – für dieses Gespräch.

* Frank Dohmen und Thomas Tuma in Baums Dienst-dorfer Kanzlei.

KRUMME

Wenn **Abgeordnete, Bürgermeister oder Landräte** mit dem Gesetz in Konflikt geraten, passiert das oft aus schiefer

Text KERSTIN SCHNEIDER



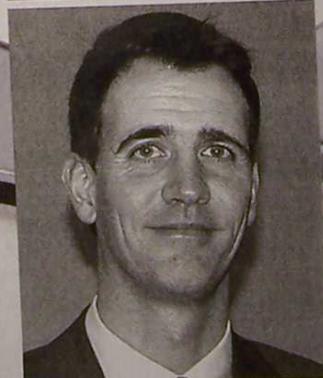
„Er kam häufig, hatte immer Extrawünsche, zahlte aber nur schleppend“



Sexaffäre Weil er den Liebeslohn von Isabel K. schuldig blieb, gab Schwerins Stadtpräsident Andreas Lange, CDU, ihr den Dienstcomputer als Pfand



1,33 Promille, Führerschein weg. „Das kann man doch auch anders regeln“, bot der Bürgermeister den Polizisten an



Alkoholsünder Betrunken wurde Andreas Bartels, CDU, aus Garrel vor seinem Rathaus gestoppt



Raub Weil er privat hatte, überfiel CS Dieter S. aus Tauer denselben Drogen

03/04/2009

HUNDE!

... das oft aus schierer Dämlichkeit. Aber auch, weil einige jede Bodenhaftung verlieren



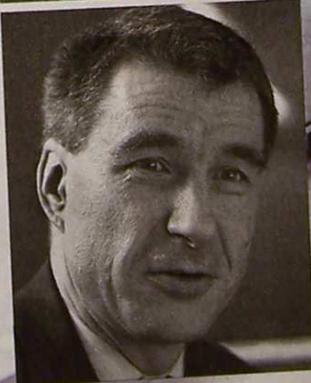
Die Beute aus dem ersten Überfall hatte gerade für Mietschulden und eine Ratenzahlung gereicht. Dann war er wieder blank



„Ich werde mein Mandat missbrauchen. Ich bin Mitglied des Landtags - nur damit Sie wissen, mit wem Sie es zu tun haben“



Raub Weil er privat hohe Schulden hatte, überfiel CSU-Finanzreferent Dieter S. aus Taufkirchen zweimal denselben Drogeriemarkt



Hausfriedensbruch Frank Uwe Heft, Abgeordneter der Linken, randalierte beim Möbelriesen in Halle

03/04/2009